

Entscheidungen und Beschlüsse der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 2021

1. Kassenprüfung vom 22.04.2021- Kenntnisnahme des Berichtes des Prüfungsausschusses

Der Kassenprüfungsbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Genehmigung des Zukunftsprofils Agenda 21

Das Zukunftsprofil der Agenda 21 wurde einstimmig genehmigt.

3. Antrag des BM auf Beitritt zur Klima- und Energie-Modellregion

Es wurde einstimmig beschlossen, der Klima- und Energie-Modellregion beizutreten.

Zusatzantrag: Die PV-Analyse für die Gemeinde Lengau um ca. € 1.600 zu beauftragen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

4. Geh- und Radweg Kohlberg – Kostenübernahme des Gemeindeanteiles

Die Übernahme der vorgetragenen Kosten in Höhe von € 10.115,90 exkl. MwSt. für Planung, örtliche Bauleitung und Nebenkosten wurde einstimmig genehmigt.

Zusatzantrag: Die Errichtung eines Geh- und Radweges entlang der Kapellenstraße zu prüfen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

5. Verlängerung des Vertrages mit der Lebenshilfe

Der vorliegende Nachtrag zum Mietvertrag mit der Lebenshilfe wurde einstimmig genehmigt.

6. Genehmigung der Vereinbarung mit der Diözese Linz

Die vorliegende Vereinbarung mit den röm.-kath. Pfarrprüfenden Lengau wurde einstimmig genehmigt.

7. Genehmigung der Verträge LA-

WOG – Kleeblatt

Es wurde einstimmig beschlossen, die drei vorliegenden Verträge zu genehmigen.

8. Genehmigung des Dienstbarkeitsvertrages mit der WG Friedburg

Der vorliegende Dienstbarkeitsvertrag mit der WG Friedburg für Verlegung der Wasserleitung in der Baierbergstraße wurde einstimmig beschlossen.

9. Entscheidung über teilweise Auflassung des öffentlichen Weggrundstückes 3091, KG Lengau

Der Auflassung dieser Teilflächen wurde einstimmig zugestimmt.

10. Entscheidung über die Veränderung des öffentlichen Gutes im Bereich der Grundstücke 1873/1 und 1885, KG Heiligenstatt

Der Tagesordnungspunkt wurde vom BM vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

11. Entscheidung wegen Übernahme der Straße „Bauergründe“ in das öffentliche Gut – Straßen und Wege

Der Antrag wurde einstimmig genehmigt.

12. Raumordnungsangelegenheiten

a) Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 135 Habietinek Ninja, Höcken 3, 5212 Schneegattern Teilfläche des Gst.Nr. 802/5, KG Krenwald im Ausmaß von 90 m² - Umwidmung von Grünland auf Dorfgebiet

Das Umwidmungsverfahren wurde eingeleitet und das ÖEK entsprechend angepasst. Der Antrag wurde einstimmig genehmigt.

b) Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 124 Heinzl Johann und Monika, Heiligenstatt 20, 5211 Friedburg Gst.Nr. 1591, KG Heiligenstatt, in der Größe von ca. 3.500 m² von Grünland (G) auf MB und ca. 425

m² auf B – SP Luft umzuwidmen.

Der Umwidmung wurde einstimmig zugestimmt. Die Versagungsgründe werden zur Kenntnis genommen und die beanstandete Darstellung abgeändert.

c) Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 118 Muigg Martin und Maria, Teichstätt 40, 5211 Friedburg Gst.Nr. 1600/1 und 1601, KG Heiligenstatt; Umwidmung von ca. 1.300 m² von Grünland auf Dorfgebiet

Es wird auf die Zusage der Straßenerhaltung bezüglich des Anschlusses an die Bundesstraße und das schalltechnische Gutachten verwiesen. Die Umwidmung wurde einstimmig beschlossen.

13. Antrag SPÖ und FPÖ um Verordnung einer Trasse zur Sicherung eines Korridores zwischen der L 1044 und der neuen B 147 zwecks Aufschließung des INKO-BA-Gebietes

Gegenantrag ÖVP: Den vorgeschlagenen Korridor bis zur Verordnung nach dem O.ö. Straßengesetz der Umfahrungsstraße Friedburg (Le 1 oder Le 2) durch die Landesregierung zurückzustellen.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Es soll ein gesetzeskonformer Korridor zwischen der L 1044 und der B 147 entlang der Grundstücke der Familien Hauser-Sporn und Schwandner verordnet bzw. gesichert werden. Die Planung, Umsetzung und Errichtung soll im Zuge der Umfahrung Friedburg, nicht durch die Gemeinde Lengau, sondern durch das Land OÖ erfolgen. Die entsprechenden Verhandlungen mit den zuständigen Abteilungen der O.ö. Landesregierung durch Vertreter der Gemeinde Lengau sind durchzuführen. Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

5 Nein (ÖVP) 1 Enthaltung (ÖVP)

14. SPÖ-Antrag bezüglich Erwerb von Grundstücken für die Errichtung von Hort und Krabbelstube

Der BM wird beauftragt Verhandlungen für den Erwerb von Grundstücken für einen 4gruppigen Hort und eine ebenso große Krabbelstube zu führen. Dies wurde einstimmig beschlossen.

15. Antrag GRÜNE auf Vorrang für Erneuerbare Energie auf dem Gemeindegebiet

Gegenantrag: Den Antrag zur Vorberatung an den Ausschuss für Bauangelegenheiten zuzuweisen.

Der Antrag wird mehrheitlich genehmigt. 8 Enthaltungen (GRÜNE + ÖVP)

16. Antrag GRÜNE betreffend Schaffung von Raumordnungsgrundlagen für mehr Sonnenenergie durch den Gemeinderat

Gegenantrag: Den Antrag auf rechtliche Prüfung zur Vorberatung an den Ausschuss für Raumordnungsangelegenheiten zuzuweisen.
Der Antrag wird mehrheitlich genehmigt.

8 Enthaltungen (ÖVP + GRÜNE)

17. Antrag GRÜNE betreffend Wohnsiedlungen nur mehr in den Hauptorten

Gegenantrag ÖVP: Den Antrag zur Vorberatung an den Ausschuss für Raumordnungsangelegenheiten zuzuweisen und beim ÖEK zu berücksichtigen.

Der Antrag wird mehrheitlich genehmigt. 2 Enthaltungen (GRÜNE)

18. Antrag GRÜNE betreffend Regelung zur nachträglichen Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes (ÖEK) durch den Gemeinderat

Der Antrag wurde mehrheitlich genehmigt. 6 Nein (ÖVP)

19. Beschluss einer Resolution betreffend vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls in allen Phasen des Asylverfahrens und Reform des humanitären Bleiberechts

Die vorliegende Resolution „Kindeswohl in allen Phasen des Asylverfahrens“ wurde mehrheitlich beschlos-

sen. 4 Enthaltungen FPÖ

20. ÖVP-Antrag bezüglich verkehrssichernder Maßnahmen, wie Aufstellen von Geschwindigkeitsmessgeräten, Bodenmarkierungen, zusätzliche Schilder, schriftliche Aufforderung der Bewohner zur Einhaltung der bestehenden Fahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen, usw.

Es wurde mehrheitlich beschlossen, den Antrag zur Vorberatung an den Ausschuss für Straßenbau- und Raumordnungsangelegenheiten zuzuweisen und einen runden Tisch mit Vertretern der BH, des Landes, der Polizei und Fraktionsvertretern einzuberufen. 6 Enthaltungen (ÖVP-Fraktion)

21. ÖVP-Antrag auf Bedarfserhebung für die Bereiche Krabbelgruppe, Kindergarten und Vorschule

Es wurde einstimmig beschlossen, den Antrag zur Vorberatung an den Ausschuss für Kindergarten, Schule und Jugend zuzuweisen.

22. Allfälliges